

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Erhebung personenbezogener Daten	
Verantwortliche/r	Stadt Walsrode Lange Str. 22 29664 Walsrode Telefon: 05161 977-0 E-Mail: stadt@walsrode.de vertreten durch Bürgermeisterin Helma Spöring
Datenschutzbeauftragte/r	Jürgen Isernhagen c/o Stadt Walsrode Datenschutzbeauftragter Lange Str. 22 29664 Walsrode E-Mail: datenschutz@walsrode.de
Zweck/e der Datenerhebung	Bearbeitung von Leistungsanträgen nach dem AsylbLG
Wesentliche Rechtsgrundlage/n	§§ 67a ff SGB X § 35 SGB I
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten	Übermittlung an Dritte zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerfüllung, beispielsweise: Andere Sozialleistungsträger (DRV, KV), Arbeitgeber, Finanzamt, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden, Gerichte, Ausländerzentralregister, Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Ausländerbehörde Auftragsverarbeiter wie IT-Dienstleister, Vermieter (Direktzahlung der Miete), Energieversorger (Direktzahlung), nur mit Einwilligung des Betroffenen: Suchtberatung, Schulen, soziale Betreuung, Schuldnerberatung Etc.
Hinweis zur Datenerhebung bei Dritten (Artikel 14 DS-GVO)	Im Rahmen der Bearbeitung ist z. B. im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung nicht auszuschließen, dass mir von am Verfahren beteiligten Stellen zusätzliche oder abweichende personenbezogene Daten über die betroffene Person zur Verfügung gestellt werden. Hierüber wird die Person im Rahmen des Verfahrens rechtzeitig informiert.
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen	Daten für die Bearbeitung von Leistungen nach dem SGB XII 10 Jahre (wenn sie für die Durchführung der Sozialhilfe nicht mehr benötigt werden, § 84 SGB X. Eine konkrete Zahl an Jahren ist nicht benannt. Offene Forderungen (z. B. Zahlungen aus Darlehen oder aus Rückforderungsbescheiden) 30 Jahre, entsprechend der Vorschriften der ZPO und des BGB (Verjährung) Ein Antrag auf Löschung braucht nicht gestellt zu werden. Die Löschung erfolgt durch den Landkreis Heidekreis automatisch.
Rechte der betroffenen Person (Artikel 15 - 21 DS-GVO)	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen Soweit die betroffene Person Widerspruch einlegt, werden personenbezogene Daten

	dann nicht mehr verarbeitet, es sei denn es liegen zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, welche den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der Kommune
Zuständige Aufsichtsbehörde	Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Prinzenstraße 5 30159 Hannover Telefon: 0511 120-4500 Telefax: 0511 120-4599 Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de Internet: www.lfd.niedersachsen.de